Düsseldorf, den 20. Februar 2014

**Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Bekanntmachung der Programmlinie

**„Anschubfinanzierung zur Beantragung von EU-Fördermitteln in den
Geistes- und Gesellschaftswissenschaften“**

2. NRW-Call 2014

**im Rahmen des Förder-Programms
“Geistes- und Gesellschaftswissenschaften in NRW“**

Vorbemerkung

Geistes- und gesellschaftswissenschaftliche Fächer sind die Vermittler historischer, kultureller und interkultureller Kompetenz. Sie sind gerade in Zeiten der Globalisierung und den damit verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen unverzichtbar für eine moderne Gesellschaft. Dabei kommt innovativer, interdisziplinär ausgerichteter Forschung eine besondere Bedeutung zu, da die zukünftigen Herausforderungen so komplex sind, dass eine Einzeldisziplin sie allein nicht zu lösen vermag.

Das 2012 gestartete Förderprogramm für die geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Fächer an nordrhein-westfälischen Hochschulen zielt darauf ab, Möglichkeiten und Freiräume für eine breite Beteiligung dieser Disziplinen an zentralen Forschungsfragen zu unterstützen. Dabei geht es sowohl um einen Beitrag zum Kapazitätsaufbau für die Forschung in den geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen, als auch um die Perspektive zur Forschung in einem breiten Fächerspektrum zu Themen der nachhaltigen Entwicklung auf den Feldern der großen gesellschaftlichen Herausforderungen.

Das Programm ist in verschiedene Förderlinien gegliedert, von denen hier die "Anschubfinanzierung zur Beantragung von EU-Fördermitteln in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften" zum zweiten Mal bekannt gemacht wird.

Das Förderprogramm für die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften ist sowohl eingebettet in die Forschungsstrategie "Fortschritt.NRW" (siehe: www.wissenschaft.nrw.de/forschung/fortschritt-nrw/forschungsstrategie-fortschritt-nrw/) als auch in das Handlungskonzept der Landesregierung zur Beratung und Unterstützung der Beteiligung an EU-Programmen.

1. Förderzweck, Rechtsgrundlage

1.1 Förderzweck

Ziel der Förderung im Rahmen dieser Linie ist es, eine möglichst hohe Beteiligung von Geistes- und Gesellschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern an den EU-Fördermaßnahmen im Rahmen von Horizon 2020 zu erreichen und insbesondere die Erfolgsaussichten für aussichtsreiche Antrag stellende Koordinatoren bei den Verbundprojekten zu verbessern.

Das aktuelle Forschungsrahmenprogramm der EU „Horizon 2020“ ist das neue, achte „EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation“ der Europäischen Union, das das „7. EU-Rahmenprogramm für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration“ abgelöst hat. Horizon 2020 hat eine Laufzeit von sieben Jahren (2014-2020) und ist mit einem Etat von rund 80 Mrd. Euro ausgestattet. Es bildet den Kern der Forschungsförderung der EU. Das Herzstück von Horizon 2020 ist die auf verschiedene Förderangebote verteilte europäische Verbundforschung. Sie ermöglicht die Kooperation in Verbänden verschiedener Größe mit zahlreichen europäischen und außereuropäischen Partnern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft.

Mit der erfolgten Veröffentlichung des zweijährigen Arbeitsprogramms zu den Themen der Verbundforschung wird die Planbarkeit erhöht, so dass Forschungsanträge und Konsortien besser vorbereitet werden können.

Es liegt im Interesse des Landes, die anspruchsvolle Planung und Vorbereitung eines Verbundprojektes zu unterstützen. Dabei sollen speziell auch Geistes- und Gesellschaftswissenschaftlerinnen und –wissenschaftler an nordrhein-westfälischen Hochschulen, die als Koordinatoren tätig werden wollen, vermehrt die Chance nutzen, Projektförderung für europarelevante Forschung aus Horizon 2020 zu erhalten.

Dabei ist insbesondere die Verbundforschung in der Säule III „Societal Challenges“ adressiert, die grundsätzlich in allen sieben Themen für die Beteiligung von geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen offen ist, sowie die Säule III b „Science with and for Society“.

1.2 Rechtsgrundlage

Für Projekte zur „Anschubfinanzierung zur Beantragung von EU-Fördermitteln in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften“ gewährt das Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung (MIWF) nach Maßgabe dieser Bekanntmachung und der haushaltsrechtlichen Regelungen zu §§ 23, 44 LHO NRW mit zugehörigen Verwaltungsvorschriften Förderung in Form von Zuwendungen.

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten

insbesondere die Regelungen zu §§ 23, 44 LHO NRW mit zugehörigen Verwaltungsvorschriften sowie die §§ 48 bis 49a Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG). Mit der administrativen Umsetzung kann ein Projektträger beauftragt werden (Beleihung). Der Landesrechnungshof des Landes Nordrhein-Westfalen ist gemäß § 91 LHO NRW zur Prüfung berechtigt.

Ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht. Das Ministerium entscheidet auf Grund seines pflichtgemäßen Ermessens. Die Gewährung der Zuwendung steht zudem unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit der veranschlagten Fördermittel.

2. Gegenstand der Förderung und Förderzeitraum

2.1 Gegenstand der Förderung

Gefördert wird die Vorbereitungsphase für eine Antragstellung auf ein Verbundprojekt im Rahmen von Horizon 2020.

Diese Förderlinie richtet sich speziell an Koordinatoren aus den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften, die einen Antrag für ein solches Verbundprojekt stellen wollen.

Das geplante Verbundprojekt muss sich im Rahmen des veröffentlichten Arbeitsprogramms 2014-2015 wiederfinden. Es kann sich entweder auf einen bereits veröffentlichten Call beziehen, oder auf einen im Rahmen des Arbeitsprogramms für 2015 avisierten Call.

In der neuen Struktur von Horizon 2020 ist eine Antragstellung von Geistes- und Gesellschaftswissenschaften in verschiedenen Themenfeldern möglich und sinnvoll. Die Anschubfinanzierung des MIWF richtet sich an Koordinatorinnen und Koordinatoren aus dem Bereich der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften.

Im Rahmen der Antragsvorbereitung beim Koordinator können insbesondere folgende Maßnahmen gefördert werden:

- Personalkosten für die Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräften, die unmittelbar durch Arbeiten zur Antragsstellung begründet sind;
- Reisekosten zur Etablierung von Forschungsk Kooperationen, Netzwerken usw.;
- Teilnahme an oder Durchführung von Workshops, Seminaren, Arbeitstreffen der Konsortialpartner o. ä. zur unmittelbaren Vorbereitung der Antragsstellung beim Koordinator (nicht bei den Partnern);
- Fremdleistungen Dritter, die keine Ausgaben zu laufenden Unternehmenstätigkeiten darstellen, sondern unmittelbar zur Vorbereitung einer Antragstellung oder Einreichung eines Förderantrags erforderlich sind (vor allem Übersetzung, Begutachtung, Rechtsberatung, insbesondere Beratung in Fragen

des geistigen Eigentums und im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines Konsortialvertrages bzw. einer Geheimhaltungsvereinbarung).

2.2 Förderzeitraum

Förderfähig sind Ausgaben, die ab dem Zeitpunkt der Bewilligung im folgenden Zeitraum liegen

- a) bei bereits veröffentlichten Calls:
zwischen Veröffentlichung der jeweiligen Ausschreibung durch die EU bis zum Ende der Abgabefrist beim Zuwendungsempfänger oder
- b) bei noch nicht veröffentlichten - aber im Arbeitsprogramm genannten – Calls:
zwischen Antragsbewilligung (der Anschubförderung) und Ende der EU-Abgabefrist, falls diese im Jahr 2014 liegen wird. Falls die Abgabefrist später liegt, erfolgt die Förderung aufgrund der haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen bis maximal Ende 2014.

Ausgaben, die nach Ablauf der EU-Antragsfrist oder nach Bewilligung eines Antrags durch die EU entstehen, sind nicht förderfähig.

3. Antragsberechtigung; Zuwendungsempfänger

Antragsberechtigt sind Hochschulen in der Trägerschaft des Landes NRW. Zuwendungsempfänger ist die jeweilige Hochschule.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

Eine Zuwendung im Rahmen dieser Programmlinie kann bei Erfüllung aller nachfolgend genannten Voraussetzungen gewährt werden:

1. Diese Anschubförderung richtet sich an Vorhaben aus den Disziplinen der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften. Das bezieht sich auf die Koordination, nicht auf die Disziplinen der Konsortialpartner.
2. Die Antragstellenden sollen grundsätzlich eine Koordinatoren-Funktion in einem Verbund-Projekt wahrnehmen; in Ausnahmefällen können auch Vorhaben von NRW-Wissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern in einem von Partnern von außerhalb NRWs koordinierten Antrag unterstützt werden, wenn der Aufwand der Antragstellerin bzw. des Antragstellers erkennbar dem eines Koordinators entspricht.
3. Das Thema für das geplante Verbundprojekt muss entweder bereits ausgeschrieben oder im zweijährigen Arbeitsprogramm für die nächsten Calls angekündigt/ benannt sein.
4. Da die im Arbeitsprogramm angekündigten Themen sich noch ändern können, muss der Antragsteller bereit sein, sein Vorhaben im Fall eines modifizierten EU-

Calls der neuen Konkretisierung anzupassen und eventuell erforderliche Änderungen zu berücksichtigen.

5. Die Antragsteller für diese Anschubförderung erklären sich damit einverstanden, dass Ihr Vorhaben einem Beratergremium zur Einschätzung der Erfüllung der Voraussetzungen für eine EU-Förderung vorgelegt wird. Dabei werden einschlägige Beratungseinrichtungen wie die Nationale Kontaktstelle SSH, die Kooperationsstelle EU der Wissenschaftsorganisationen (KOWI) und EuroConsult Research & Education, Universität Bonn, zugezogen. Den Antragstellern wird empfohlen, sich bereits im Vorfeld der Beantragung dieser Anschubförderung von den genannten (oder anderen) Beratungseinrichtungen beraten zu lassen.
6. Mit Beantragung der Anschubförderung erklären sich die Antragsteller damit einverstanden, dass die Administration der Fördermaßnahme ggf. über eine Projektträgerschaft wahrgenommen wird, die auch die Funktion des Zuwendungsgebers umfassen würde.
7. Eine Förderung ist ausgeschlossen, soweit für denselben Zweck bei anderen öffentlichen Stellen Zuwendungen beantragt werden (Ausschluss einer Doppelförderung).

5. Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

Die Antragstellenden werden schriftlich über die Förderentscheidung des MIWF NRW informiert.

Die Mittelzuweisung erfolgt vorbehaltlich verfügbarer Haushaltsmittel im Wege der Zuwendung an die Hochschule.

Die Zuwendungen werden im Wege der Projektförderung als Anteilsförderung an dem Vorhaben (Anteilsfinanzierung) gewährt.

Bemessungsgrundlage sind die zuwendungsfähigen Ausgaben, die bis zu 90 Prozent gefördert werden können. Ein Eigenanteil der Hochschule von mindestens 10 % der zuwendungsfähigen Ausgaben ist in der Antragstellung nachzuweisen.

Die Höhe der Zuwendung beträgt zwischen 20.000 Euro und maximal 40.000 Euro pro Vorhaben.

6. Verwendungsnachweis

Nach Abschluss der Förderung ist ein Bericht über die Mittelverwendung mit einem ergänzenden Sachbericht vorzulegen. Der einfache Verwendungsnachweis ist zugelassen.

Der einfache Verwendungsnachweis besteht aus

- einem zahlenmäßigen Nachweis mit tabellarischer Darstellung der Einnahmen und Ausgaben in zeitlicher Folge und
- einem Sachbericht.

Als Sachbericht sind Auszüge des bei der EU eingereichten Antrags vorzulegen, aus denen das Vorhabenthema, die beantragte Fördersumme, Kurzfassung des Vorhabens sowie die Namen und Anschriften der Koordinatorin / des Koordinators und der weiteren Partner des Projektkonsortiums hervorgehen, sofern dies angesichts der Abgabefrist bei der EU möglich ist. Liegt der Abgabezeitraum zur Antragseinreichung bei der EU später als der vorgesehene Termin zur Vorlage des Verwendungsnachweises, sind diese Angaben unverzüglich nach Abgabe des EU-Antrages nachzureichen.

Dem Verwendungsnachweis ist die schriftliche Eingangsbestätigung der EU-Kommission beizufügen.

Der Zuwendungsempfänger hat das MIWF NRW schriftlich über die Entscheidung der EU über den dort eingereichten Antrag zu informieren und - sofern ein Evaluierungsbericht übermittelt wurde - diesen beim MIWF vorzulegen.

Weiteres regelt der Bewilligungsbescheid.

7. Verfahren und Antragsunterlagen

Die Beantragung einer Förderung im Rahmen dieser Programmlinie erfolgt durch die jeweilige Hochschule und muss eine rechtsverbindliche Unterschrift der Hochschulleitung tragen.

Im Rahmen dieser Bekanntmachung können Anschubförderungen mit Projektlaufzeiten beginnend ab dem 1. Mai 2014 und endend spätestens zum 31. Dezember 2014 beantragt werden.

Es wird empfohlen, zusammen mit dem Förderantrag einen Antrag zur Bewilligung eines vorläufigen Maßnahmenbeginns vorzulegen.

Die Anträge sind sowohl elektronisch per E-mail als auch im Original einzureichen.

Frist für die Antragstellung ist der 20. März 2014.

Die Frist für die elektronische Einreichung der Anträge ist der **20. März 2014** um 15 Uhr.

Die elektronische Post ist zu richten an:

anette.baron@miwf.nrw.de und antje.hartmann@miwf.nrw.de und cornelia.cesar@miwf.nrw.de.

Zudem ist das von der Hochschulleitung unterschriebene Original postalisch an folgende Adresse zu senden:

Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes NRW
Frau Anette Baron
Referat 324
40190 Düsseldorf

Als Ansprechpartnerinnen im MIWF stehen die zuständige Referatsleiterin, Frau Anette Baron (E-Mail: anette.baron@miwf.nrw.de, Tel.: 0211-896-4397) sowie Frau Dr. Antje

Hartmann-Strünck (E-Mail: antje.hartmann@miwf.nrw.de, Tel.: 0211-896-4223) zur Verfügung. Administrative Fragen zur Antragstellung beantwortet Frau Cornelia Cesar (E-Mail: cornelia.cesar@miwf.nrw.de, Tel.: 0211-896-4145).

Antragsunterlagen

Der Antrag soll nach dem Grundmuster des Antragsformulars auf Gewährung einer Zuwendung erstellt werden. Er darf inklusive ausgefülltem Antragsformular und Anlagen insgesamt 12 DIN A4-Seiten nicht überschreiten. Das Antragsformular finden Sie unter: www.wissenschaft.nrw.de/forschung/foerderung/foerderprogramme/foerderprogramm-fuer-geistes-und-gesellschaftswissenschaften-in-nrw/

Der Antrag muss Angaben sowohl über die beim MIWF beantragte Anschubförderung als auch eine Anlage mit Beschreibung des zur Antragstellung vorgesehenen EU-Vorhabens enthalten:

Im Antragsformular zur Anschubförderung:

1. Antragstellerin (Hochschule mit rechtsverbindlicher Unterschrift der Hochschulleitung)
2. Beschreibung der beim MIWF beantragten Anschubförderung
  - a. Bezeichnung des Projektes und Kurzbeschreibung in max. 10 Zeilen
  - b. Durchführungszeitraum
3. Zeit- und Finanzierungsplan für die beim MIWF beantragte Maßnahme (Gesamtkosten, Zuwendungsfähige Gesamtausgaben, Eigenanteil)
4. Beantragte Förderung (Höhe)
5. Begründung für die Notwendigkeit der Förderung aus Landesmitteln
6. Erklärungen
  - a. dass mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde
  - b. zu Vorsteuerabzug, Eigenanteil und Notwendigkeit
  - c. Einverständniserklärung zur Hinzuziehung externen Sachverständigen von Beratungseinrichtungen und Projektträgerschaft
  - d. zur Vollständigkeit und Richtigkeit des Antrags
7. Anlage: Vorhaben-Beschreibung des geplanten EU-Antrags

Die Beschreibung des zur Beantragung vorgesehenen EU-Fördervorhabens ist als Anlage beizufügen und muss folgende Angaben enthalten:

1. Administrativer Teil:
  - Vorläufiger Projekttitle,
  - Projektdauer
  - Koordinator und geplantes Team an der beantragenden Hochschule
  - EU-Antrags-Partner: wer, woher
  - Kostenplan und grobe Budgetaufteilung zwischen den Partnern

2. Inhaltlicher Teil: Erläuterungen zum geplanten Antrag:
- Benennung des adressierten Calls bzw. der Ankündigung im Work Programme
  - Inhaltliche Beschreibung des bei der EU zu beantragenden Projektes
  - Aussagen / begründete Selbsteinschätzung zur wissenschaftlichen Exzellenz des Vorhabens
  - Skizzierung des erwarteten Impacts / Wirkung des vorgesehenen Projektes in Bezug auf das Programmziel der EU (z.B. im Bereich einer speziellen gesellschaftlichen Herausforderung) und Begründung
  - Aussagen zur geplanten „Implementierung“; erste Beschreibung der geplanten Workpackages

8. Geltungs-Zeitraum

Diese Bekanntmachung ist vom Tag der Veröffentlichung im Internet-Auftritt des MIWF NRW bis zum 31.12.2014 gültig.